

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Samstag

16
März

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

"Rheinische Volkszeitung" erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Verkaufsstellen in Oestrich (Otto Etienne), Marktstraße 9 und Elmville (S. Fablog Witwe), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße.
Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Senke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Etienne-Oestrich; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: S. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden

Nr. 64 — 1918

36. Jahrgang

Der König von Rumänien

Theorie und Praxis

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Beudel hat jüngst ob der Zeitungsberichte bittere Thränen vergossen. Die sozialdemokratischen könnten einen Kampfgesang aufstimmen, während die Sozialdemokratie in Scherz am Boden liege. So ist es in der Tat. Die große Theorie der Verständigung des Ausgleichs ist in der Praxis ein Friedensmachern, der sich auf der Macht, aber auch auf der Macht aufbaut. Unter Protest der russischen Delegierten in Brüssel den Friedensvertrag unterschrieben, dessen Bestimmung sie fünfzig Jahre mit den Feinden in Frieden und Freundschaft sein sollen. Ob sie freilich anders gehandelt hätten, wenn wir uns wirklich nur von dem Zeitpunkt der Verständigung leiten ließen, kann man nicht sagen, vielleicht oder vielleicht würden die Revolutionäre dann über Vergewaltigung geschrien, wenn wir alles beim Alten gelassen hätten. Immerhin ist der Friedensvertrag ein Akt, wenn auch nur auf dem Wege der Konstitutionen, als ein anerkannter Abkommen zu bezeichnen. Wir haben mit den Ukrainern und Finnen, den Kurden und Litauern, den Chinesen und Polen, die Freiheit gebracht. Wenn nun ein Völkchen teilweise engen Anschluß an England suchen, so war das — kann man sagen — nicht unsere erste Pflicht, als wir die Freiheit brachten. Dagegen paßt der Friede mit Rumänien ganz und gar nicht ins Programm der Verständigung. Kein Land würde jemals daran denken, freilich die Dobrußa, die Grenzpfähle an der russischen Grenze mit samt dem Gebiet, das Befestigungen am Rande der Bukowina umschließt. Hier handelt es sich um ausgedehnte erzwungene Gebietsvergrößerung, die Bulgarien und Österreich-Ungarn verlangen. In der Tat: Die sozialdemokratische Politik steht in Scherben. Die Machtvollkommen behaupten das

Wenn wir auch glücklicherweise die Verwüstungen des Krieges im eigenen Lande kaum kennen gelernt haben, — von Ostpreußen abgesehen — so bringen wir doch volles Verständnis für die Wünsche der deutschen Arbeiter auf. Die Forderung nach Grenzsicherungen findet auch in Deutschland gerade dort am meisten Widerhall, wo der Feind Spuren seines Witzens hinterlassen hat wie in Ostpreußen. Würden die feindlichen Flieger häufig ihre Bomben über Berlin abwerfen können, würden sich dort ähnliche Ereignisse abspielen wie in Paris, dann wäre zweifellos in die Reichshauptstadt eine ganz andere Gesinnung eingebracht worden. Die weitestgehende Forderung der Grenzverschiebung ist für alle Zukunft geschützt zu sein. Die Theorie eines Verständigungsfriedens ist schön und macht ihren Anhängern alle Ehre, aber die Praxis fordert etwas anderes von uns. Sie verlangt die Veränderung ähnlicher Ereignisse, wie wir sie seit mehr als drei Jahren erleben. Es lebe der Friede, rufen wir neuen Kriege — unter diesem Gesichtspunkt behandelt die sozialdemokratische Presse die Friedensschlüsse der letzten Zeit. Da kommt im rechten Augenblick der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Vensch um im roten Tag ein Volkslied auf den "Frieden", seine ganze welthistorische Bucht und Größe zu schildern. Er spottet über jene, die versuchen, uns vor der kommenden russischen Revolution gänzlich zu machen, und die den russischen Frieden als ein Verhängnis für Deutschland und einen indirekten großen englischen Sieg hinzustellen sich bemühen. Der Friede im Osten wie wir ihn jetzt geschlossen haben, ist nach Vensch entscheidend für die Zukunft. Deutschland steht in einer seit drei Jahrhunderten nicht mehr gekannten Situation in der Welt da. Und er schließt: "Die künftige Kriegsgefahr, die unser ganzes inneres Leben beeinflusst und unsere Politik entsprechend kennzeichnet, ist verschwindend an unseren Grenzen und damit tritt Deutschland in eine neue Phase seiner Geschichte ein." So ist es in der Tat und so ist es gekommen, weil wir uns von der Theorie freimachten, weil wir uns an die Praxis, an die Lehren der Geschichte hielten.

Der deutsche Bericht

Großes Hauptquartier, 15. März (B. Z. B. Mitteil.).
Bekannter Kriegshauptmann, Oberstgruppe Kronprinz Rupprecht, die tagsüber schwache Artillerieaktivität verstärkte sich im Einbruch der Dunkelheit in wenigen Abschnitten. Während der Nacht lebte sie in Verbindung mit eigenen und feindlichen Erkundungsvorposten vorübergehend auf.

Oberstgruppe deutscher Kronprinz. Die Division der Franzosen auf der Rasthofstraße von Reims wurde erneut in Tätigkeit versetzt. Feindliche Stützpunktfeuer lag von Mittag an auf unseren Stellungen nördlich und nordöstlich von Prose. Starke französische Abteilungen, die am Abend in breiter Front vorrückten, konnten nur weislich der Straße Thunau-Mauroy in unserem vorderen Graben Fuß fassen. Im übrigen wurden sie im Raketenkampf zurückgewiesen. Auf dem südlichen Marsfeld hielt tagsüber die gestärkte Feuerkraft an.

Osten.

Alle feindlichen Banden, die in der Ukraine die von Gornel und Kiew nach Baku auf sich ziehenden Bahnen bedrohten, wurden in mehrfachen Kämpfen zerstreut. Nachmittags wurde besetzt. Von den anderen Kriegshauptplätzen nichts Neues.

Abreise des Königs von Rumänien

Budapest, 14. März. "Pesti Naplo" meldet aus Bukarest: König Ferdinand von Rumänien ist nach der Schweiz abgereist. Am 8. März wurden in Bukarest die Friedensverhandlungen unterbrochen. Graf Czernin traf Tags darauf mit König Ferdinand in Maracchi in der nördlichen Moldau zusammen. Der König erklärte, daß er die Hindernisse eines dauernden Friedens nicht noch durch seine Person vermehren wolle, und daß er Rumänien daher verlassen werde, um die Entwicklung der Lage zu erleichtern. Montag nachmittags fuhr er von Blöck durch Siebenbürgen, Ungarn und Österreich nach der Schweiz.

Der englische Schiffsräuber

Seitdem England den Druck des Unterseebootkrieges verhängnisvoll und wachsend zu spüren bekommt, hat es darauf gesonnen, fremde Tonnage zur Ausführung der eigenen Pläne zu benutzen. Es ist bekannt, daß die Schiffe der Neutralen, soweit sie in den Häfen der Entente verladen werden, bereits seit langem gezwungen werden, für England und Amerika, ungeachtet der Gefahren des Seergebietes, zu fahren. Schon der heutige Zustand ist so, daß man von einer Beschlagnahme dieses ganzen Teiles der neutralen Tonnage sprechen muß. Damit aber sind die Schiffsbedürfnisse der Entente noch nicht befriedigt. Die Wunden, die unsere U-Boote dem feindlichen Schiffsverkehr zugefügt haben und täglich erweitern, sind inzwischen so vernichtend geworden, daß nunmehr die Entente zu neuen und weitverbreiteten Gewaltmaßnahmen ihre Zuflucht nimmt. Wir wußten schon vor Monaten, daß in London die Absicht besteht, die Neutralen auch um den Teil ihrer Handelsflotte, der sich noch in den neutralen Häfen befindet und dort zu einem erheblichen Teil ausgelastet ist, zu berauben. Jetzt sollen diese allem Völkerrechtohnsprechenden Ansprüche verwirklicht werden. Schon kommt, wie gestern der "Rheinische Volkszeitung" berichtet, aus Holland die Nachricht, daß die Entente ein mit acht Tagen befristetes Ultimatum gestellt hat, daß die Auslieferung des gesamten Schiffsverkehrs für den Fall, daß Holland sich weigert, sollte mit schweren Maßnahmen droht. Die Holland, so geht es mehr oder weniger auch Dänemark, Schweden und Norwegen.

Wir anerkennen durchaus die reinliche Lage, in die durch Englands Brutalität die seefahrenden Neutralen jetzt gekommen sind. Dennoch können wir nicht verschweigen, daß uns eine Nachgiebigkeit der Neutralen gegenüber den Ansprüchen der Entente als eine Unterwürfung unserer Gegner gelten müßte. Schon am 5. März schrieb die "Nordd. Allg. Ztg.", daß Abgabe von Schiffsraum gleichbedeutend ist mit der unmittelbaren Teilnahme der Neutralen am Wirtschaftskrieg gegen Deutschland aufseiten der Feinde und daß neutrale Regierungen, die die Abgabe von Schiffsraum betreiben, eine Handlung begangen, die mit der Neutralität schwerlich in Einklang zu bringen ist. Sie wies ferner darauf hin, daß Schiffsraum keine Ware sei, vielmehr als Mittel zur Verjüngung der Träger der Waffe, als gewissermaßen als Hilfsmittel betrachtet werden muß. Sie stellte fest, daß die Abgabe von Schiffen an unsere Feinde durchaus identisch wäre mit der Bereitstellung von Fuhrpark-Kolonnen zur Versorgung der feindlichen Heere. Von diesem Standpunkt aus Deutschland unter seinen Umständen abgeben, auch nicht dann, wenn die Entente die Neutralen zur Herausgabe der in den europäischen Häfen heute noch befindlichen Tonnage mit den infausten Mitteln, seien es welche es auch immer sei, zwingen will.

Noch läßt sich nicht übersehen, wie die Neutralen der freien Herausforderung Englands begegnen wollen. Der Ausweg, den Holland durch seinen Minister Toubon andeuten ließ, wäre vielleicht annehmbar. Holland schlägt vor, daß für jedes Schiff, das aus einem holländischen Hafen ausläuft, zuvor ein anderes holländisches Schiff von den bisher über See gewesenen einlaufen muß. Unter allen Umständen werden die Neutralen fest bleiben müssen. Es werden dabei auch zu bedenken haben, daß ihre Ausfahrten am Handelsverkehr nach dem Kriege lebhaft teilzunehmen, umso größer sind, je mehr eigene Tonnage fest in ihren Händen bleibt.

Gewalt vor Recht

Berlin, 15. März. Wie der Berl. Volk. anzeiger aus hiesigen diplomatischen Kreisen erfährt, gilt es als ausgeschlossen, daß Holland auf die Bedingungen der Entente eingehen wird. Man weiß im Haag sehr wohl, daß Deutschland eine derartige Auslieferung niederländischen Schiffsraumes an seine Feinde als einen unannehmbaren Akt ansehen wird und die Folgen daraus ziehen würde. Andererseits verheißt man sich in den Niederlanden keineswegs, daß die Weigerung, der Entente zu willigen zu sein, den Verlust holländischer Indiens zur Folge haben könnte, und so gibt es nach der Ansicht der holländischen Politiker nur einen Ausweg, Gewalt vor Recht gehen zu lassen. Deshalb müßte man annehmen, daß die holländische Regierung schon jetzt entschlossen sei, so viele Schiffe sich fortnehmen zu lassen, als der Entente eben beliebt. Einen Ausweg hofft man bezüglich des schwierigen Ernährungsproblems dadurch zu finden, daß die Entente den mit Lebensmittel beladenen Dampfern freie Fahrt gewährt wird.

*

Zeitungsstimmen: Die "Köln. Ztg." schreibt:

Der Entente steht das Wasser bis zum Hals. Sie schlägt uns wie ein verendendes wildes Tier. Wenn es in der Welt, besonders in der neutralen, noch eine Spur von Sinn für Recht, Freiheit und Gerechtigkeit gibt, dann muß ein einziger Schrei des Protestes und der Entrüstung die Antwort sein auf die schmachvolle Greuelpolitik, die die Entente im Verein mit Amerika neuerdings Holland gegenüber in die Wege geleitet hat. Die Entente verlangt die Auslieferung des gesamten holländischen Schiffsraumes an die Entente und droht für den Fall der "Widerverweigerung" mit der Wegnahme der holländischen Schiffe und mit der Auslieferung holländischer Tonnage. Das ist ein schändlicher Fall größter Schand. Die Entente zieht den Revolver und verlangt von einem kleinen Staat, der nicht die Macht hat, den brutalen Bergewaltigen entgegen einer Großmacht zu widerstehen, daß er ihr zu willigen sei, andernfalls sie ihn zu Boden schlagen werde. Die Forderung tritt in der schroffen Form eines befristeten Ultimatus auf. Binnen acht Tagen hat Holland sich zu entscheiden, ob es dem Anfinnen seiner Bedränger Folge zu geben bereit ist. Für uns ist das Vorgehen der Entente ein Beweis für ihre verzweifelte Lage. Wir nehmen an, daß Holland auf das Anfinnen der Entente die Antwort erellen wird, die seine Ehre und seine Pflicht als neutraler Staat ihm nahe legen. Der gesamten Welt aber steht das Charakterbild der "Besitzer der Meeren" schon jetzt klarer denn je vor Augen.

Die "Germania" sagt: Das erste, was für uns in die Augen springt, ist die Erkenntnis, daß der U-Bootkrieg die vereinte Schiffsahrt unserer Feinde derartig geschädigt hat, daß sie mindestens den wachsenden Anforderungen nicht mehr gerecht zu werden vermag, die die Verpflegung der eigenen

Völker und die Vorbereitung des Frühjahrsoffensives an sie stellen. Holland gegenüber hat England lange gewartet, ehe es zum Neutreten schritt. Darum darf man annehmen, daß ihm die Not allmählich an Leib und Seele zu gehen beginnt. Die holländische Regierung hat alles getan, die Neutralität ehrlich durchzuführen. Das letzte Ende wird sein, daß Holland völlig dem englischen Kriegsbedürfnis gemacht werden mußte. Man wird es in Holland ohne weiteres begreifen, daß wir Deutschen es nicht hinnehmen können, wenn holländischer Schiffsraum in Haufen und Regnen unseren Feinden dienlich gemacht wird.

Zu dem Entente-Ultimatum an Holland schreibt die "Freisinnige Zeitung": Wieder haben wir einen greifbaren und durch seine Deutlichkeit zu verteilenden Beweis dafür, wie England und die Entente den Schutz der kleinen Mächte aufheben. Ein solcher Beweis ist schon Griechenland gegenüber geführt worden. Da England nicht freiwillig den Schiffsraum erhält, muß es ihn sogar den Neutralen.

Kronrat in Holland

Die holländischen Blätter melden aus dem Haag, daß am Samstag ein holländischer Kronrat stattfinden wird, in dem die Schiffsforderungen der Entente an die Niederlande besprochen werden sollen. Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die Niederlande den Weg der Verhandlungen beschreiten werden, ohne direkt auf die Forderungen der Entente zu antworten.

Holland lehnt das Ultimatum ab

Genf, 15. März. Daager Nachrichten vom 15. März früh zufolge wurde den Befandten der Verbündeten im Haag heute früh durch den Minister des Neutrens mitgeteilt, daß die holländische Regierung die Forderungen des Verbandes in der gestellten Frist nicht annehmen könne, dagegen zu Verhandlungen bereit sei.

Eine Konferenz zur holländischen Frage

Berlin, 15. März. Mit der an Holland gerichteten Forderung des Viererverbandes beschäftigt sich heute im Auswärtigen Amt zu Berlin eine Konferenz, an der außer den leitenden Persönlichkeiten unserer Politik Vertreter der ausländischen Militär- und Marinestellen teilnehmen. Zur Erörterung stand, wie wir hören, ausschließlich die Frage, welche Maßnahmen wir zu ergreifen haben, wenn Holland die Verhandlungsbedingungen annehmen sollte. Nach den in der Wilhelmstraße vorliegenden Nachrichten dürfte es jedoch zu keinem Eingehen der Niederlande auf die Forderungen des Verbandes kommen. Es sollen nach dieser Richtung hin schon ganz bestimmte Zusagen vorliegen. Andererseits sollen wir im Haag die Versicherung abgegeben haben, daß die Kräfte unserer Rheinischfahrt in weitem Umfang Holland zur Verfügung gestellt werden, um es mit Kohlen und Erzen so umfassend wie nur möglich zu versehen.

Die Friedensverhandlungen

Der Friede mit Rumänien

Bukarest, 15. März. Wie der "Tag" meldet, beginnen heute hier die Hauptverhandlungen wegen des Friedensschlusses der Mittelmächte mit Rumänien. Die bisherigen Kommissionsverhandlungen hätten einen sehr günstigen Verlauf genommen.

Friedensbesprechungen mit Rumänien

Die "Morning Post" meldet aus Petersburg, daß die Sowjets beschlossen hätten, in Friedensbesprechungen mit Rumänien einzutreten. Es sei dabei betont worden, daß die Wiederherstellung des Friedens die erste Aufgabe der Sowjets sein müsse.

Die Moskauer Konferenz und der Friedensvertrag
Haag, 15. März. Neuer Bericht aus Petersburg: Die holländischen Mitglieder der Moskauer Konferenz beschließen mit 43 gegen 30 Stimmen, den Friedensvertrag von Brest-Litowsk zu beschließen.

Die rumänische Judenfrage

Berlin, 15. März. (B. Z. B.) Der Reichskanzler empfing heute nachmittags die Vorsitzenden der neu gegründeten Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands zur Abwehr der Rechte der Juden im Osten, Dr. James Simon und den Gen. Sekretär Dr. Gaffel, welche die Wünsche der deutschen Juden wegen der Regelung der rumänischen Judenfrage im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Bukarest vorbrachten. Nach Anhörung der eingehenden Darlegungen erklärte der Reichskanzler, die kaiserliche Regierung nehme an der befriedigenden Regelung der rumänischen Judenfrage Interesse und habe sie bereits zum Gegenstand von Besprechungen im Rahmen der in Bukarest stattfindenden Friedensverhandlungen gemacht.

Vor der Offensive?

Der "Jülicher Tagesanzeiger" berichtet: Die Unternehmungen auf der Westfront wachsen allmählich derart in die Breite und nehmen an Festigkeit derart zu, daß man kaum mehr einschreiben kann, was als kurz gedachtes Ausfallungsunternehmen geplant ist oder ob aus diesem oder jenem Vorstoß die große Entscheidung herauswächst. Wie die Engländer melden, haben die Deutschen im Norden von Ypern in einer Breite von über zehn Kilometern angegriffen, so daß schon von einer Schlacht gesprochen werden muß. Und ähnliche ähnliche Ausfälle werden auch an anderen Frontabschnitten gemeldet. Verspricht die Westlage noch einige Tage Beharrlichkeit, so ist es nicht ausgeschlossen, daß man unvermittelt in die große Frühlingsoffensive hinübergleitet.

Kbg. Gottschalk. Solingen (natl.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Die Kommission beantragt eine Erhöhung der Pausalsbeträge, aus denen Angestellte besoldet, lachliche Geschäftsbedürfnisse betreffen und Wiedergestalten werden. In einer Entschließung erklärt die Kommission: „Da die Staatsregierung an den Grundlag der Bildung von Lehrern bezweifeln steht, und da höhere Sätze für die Kriegszulagen für Beamte, Lehrer, Geistliche usw. sowie für

Statt jeder besonderen Anzeige



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere innigstgeliebte gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau

Katharina Schmitz

geb. Volkmuth

wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, nach langem, schwerem Leiden, im 66. Lebensjahre zu sich zu rufen.

In tiefer Trauer:

Hermann Schmitz, Fabrikbesitzer, a. St. Leutnant d. L. II, im Felde

Anna Kaumanns, geb. Schmitz

Elisabeth Wienecke, geb. Schmitz

Irene Schmitz, geb. Ander

Dr. med. Hans Wienecke, Stabsarzt d. R.

und 5 Enkelkinder

Wiesbaden, Dresden, Reuköln,
Launushotel
den 14. März 1918.

Die Exequien sind Montag 9.15 Uhr vormittags in der St. Bonifatiuskirche. — Beerdigung Montag 11 Uhr vormittags von der Leichenhalle im alten Friedhof nach dem Nordfriedhof.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, sowie für die schönen Kranzspenden sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Die trauernden
Hinterbliebenen:
Geschw. Maag.

Wiesbaden, den 15. März 1918
Deviller Straße 17

Sarg-Magazin

Joseph Fink, Wiesbaden
Frankenstr. 14
Telefon 2976.

Allgemeine Ortskrankenkasse Wiesbaden

Die Arbeiterkreise anscheinend noch keine Kenntnis, wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß vom 1. Januar d. J. ab die Beiträge von 4,5 Prozent auf 5 Prozent erhöht worden sind. Außerdem wurde eine neue Lohnklasse geschaffen, der alle Arbeiter mit einem Arbeitsverdienst von über 6 Mark, wöchentlich über 36 Mark, wöchentlich über 108 Mark angehören haben. Es wird nochmals ausdrücklich daran erinnert, daß Änderungen in den Lohn- oder Gehaltsverhältnissen binnen drei Tage nach deren Bekanntwerden bei der Kasse zu melden sind. An- und Abmel- dungen sind ebenfalls in dieser Frist einzureichen; sonst wird die Kasse die Beiträge nach dem Stande der letzten Abmeldung bei denen der Lohn- oder Gehaltsverhältnisse sich geändert haben, zu berechnen. Die Beiträge sind bis zur vorschristsmäßigen Zahlung.

Der Kassenvorstand

Ausgabe neuer Reichsfleischkarten.

I.

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten für die nächsten drei Monate erfolgt am Montag, den 18. März, gegen Vorlage des Haushaltsausweises und der Markenausgabekarte und gegen Abgabe der Stammbuchnummer der letzten abgelaufenen (weißen) Fleischkarte.

1. In den hiesigen Regierungen für alle Privathaushaltungen, die sich im Besitze von soviel (weißen) Stammbuchnummern befinden, wie Personen auf ihrem Haushaltsausweis verzeichnet sind.

2. Im ehemaligen Museum, Zimmer 1 für alle Haushaltungen, die infolge Haushaltskürzung usw. nicht die volle Zahl ihrer Stammbuchnummern besitzen.

3. Im ehemaligen Museum, Zimmer 3, a) für die Haushaltungen von Hotels, Restaurationen, Gastwirtschaften usw., die ihr Fleisch auf Bezugsschein beziehen; b) für Militärpersonen.

4. Im ehemaligen Museum, Zimmer 3, für die Inhaber von Krankenzusatzkarten. Für die Abfertigung in den Regierungen (vergl. Ziffer 1) ist folgende Buchstaben-Einteilung genau innezuhalten:

A-D	Montag	von 8	— 9 ¹ / ₂ Uhr,
E-H	"	"	9 ¹ / ₂ — 11 ¹ / ₂ "
J-L	"	"	11 ¹ / ₂ — 1 "
M-Q	"	"	2 — 3 "
R-So	"	"	3 — 4 "
Sp-Z	"	"	4 — 5 "
A-Z	"	"	5 — 6 "

Jede Haushaltung kann sich nur an diejenige Regierung wenden, welcher sie schon seither als Kunde zugeordnet war, ausgenommen diejenigen Haushaltungen, die sich auf die neu eröffneten Regierungen umschreiben lassen wollen. Sonstige Umschreibungen auf andere Regierungen sind während der Kartenausgabe nicht statthaft und werden auch sonst nur bei ganz triftigen Gründen vorgenommen.

II.

Zum Fleischverkauf sind von nächster Woche ab zugelassen die Regierungen Conrad Heiter, Rheinstraße 77, Anton Siefer, Deleunstraße 3, Ede Fleischerei, Johann Weber, Adolfsstr. 3 und Wilhelm Vohl, Goebenstraße 4. In diesen Geschäften werden die neuen Fleischkarten ebenfalls am Montag verausgibt gegen Rückgabe von Stammbuchnummern der letzten abgelaufenen (weißen) Reichsfleischkarte.

Wiesbaden, den 14. März 1918.

Der Magistrat

Umpressen

von Damierstein, aparte Formen, Umdruck u. Remontierung von Brief- und Geschäftskarten bei tadelloser Ausführung.
Jenny Matter, Wiesbaden, Bleichstr. 11.
Telephon 3927.

Ausgabe neuer Milchkarten

Für die am 14. April d. J. ablaufenden Milchkundenkarten werden mit Gültigkeit vom 15. April ab neue Karten im ehemaligen Museum, Zimmer 43/45 ausgegeben. Anspruch haben Kinder, die nach dem 14. April 1912 geboren sind, berechnete Frauen, sowie Kranke für den Rest der Gültigkeitsdauer des von dem Vertrauensargente bewilligten ärztlichen Antrages.

Die Ausgabe findet statt für Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben:

A-B	am Donnerstag, den 21. März
C-F	" Freitag, " 22. "
G-H	" Samstag, " 23. "
J-M	" Montag, " 25. "
N-R	" Dienstag, " 26. "
S-T	" Mittwoch, " 27. "
U-Z	" Donnerstag, " 28. "

Zum Nachweis der Berechtigung sind vorzulegen:

1. Haushaltsausweis.
2. Kurzzeit laufende Milchkarten (Verbraucherkarten).
3. Geburtsurkunde der Kinder oder andere Altersausweise.

Alle Milchkundenkarten werden in zwei Stufen ausgestellt, von denen die Lieferantenkarte (mit Farbband), mit Namen und Wohnung versehen, bis spätestens Samstag, den 6. April bei der Milchverteilungsstelle, bei welcher Verbraucher berechtigt ist, abgegeben werden muß.

Die Lieferanten sind verpflichtet, die alten Milchkarten (Verbraucherkarten) bei Abnahme einzuziehen, und zusammen mit den Gegenkarten auf Zimmer 59 des ehemaligen Museums abzugeben.

Wiesbaden, den 15. März 1918.

Der Magistrat.

Allgemeine Ortskrankenkasse Wiesbaden

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß vom 1. Januar 1918 ab Zusatzbeiträge von monatlich 1.50 Mark für Familienhilfe von allen denjenigen Klassenmitgliedern zu zahlen sind, die Angehörige haben im Sinne des § 33 der Satzung. Die Zahlung hat bei Vermeidung der Zwangsbeitreibung allmonatlich zur Kasse zu erfolgen. Merkblätter über Familienhilfe sind daselbst erhältlich. Mitglieder, welche ihrer diesbezüglichen Zahlungsverpflichtung bis jetzt noch nicht nachgekommen sind, wollen zu ihrem eigenen Vorteil das Verfallene sofort nachholen. Wer mit der Zahlung der Beiträge zwei Monate im Rückstande bleibt, hat keine Ansprüche auf Krankenhilfe für seine Angehörigen. Bei Rückzahlung der Rückstände lebt noch eine Wertzeit von sechs Wochen der Anspruch nieder auf.

Der Kassenvorstand.

Brennholzverteilung.

Die Marke Nr. 6 der Brennholzkarte wird in Kraft gesetzt. Auf dieselbe werden bis zu 10 Zentner Brennholz geschnitten und grob gespalten, ausgegeben. Die Haushaltungen müssen das Holz an der Kasse des Holzamtes, Dohleimerstraße 9, Zimmer 1, in den Dienststunden von 8 bis 12¹/₂ Uhr vormittags und von 3 bis 5¹/₂ Uhr nachmittags mit 5 Mark für den Zentner bezahlen. Der Zentnerpreis ist:

5. — Mark aus Haus geliefert und 4.50 Mark ab Lagerplatz.

Die Anfuhr kann mit Rücksicht auf die Gelegenheit nicht allgemein zugelassen werden. Dieselbe soll straßenweise geordnet werden; daher sind die Bestellungen an der Kasse bis zum 15. April d. J. zu veranlassen.

Vorzulegen sind:

- a) bei der Abholung: der Haushaltsausweis und die Brennholzkarte mit Gegenkarte, sowie letztere noch nicht abgegeben ist (die Brennholzkarte erhält der Berechtigte nach Eintrag der zugelassenen Holzmenge stelle zurück);
- b) beim Abholen des Holzes: die Brennholzkarte und die über die Zahlung ausgestellte Empfangsbescheinigung.

Die Holzabgabe erfolgt werktäglich von 8 bis 5 Uhr und zwar auf den auf den Brennholzkarten vermerkten Ausgabestellen. Als solche kommen in Betracht: Bauhof an der Mainzerstraße, Bauhof Schwarzhofstraße 16, Grundstück Rod, Lohstraße 47, Grundstück Rosel, Dohleimerstraße 172 und Grundstück Becht, Blatterstraße 102.

Wiesbaden, den 16. März 1918.

Der Magistrat

Städtische Volksbäder.

Die Preise für die Bäder betragen vom 1. April d. J. ab:

für ein Dampfbad	30 Pfg.
für ein Sitzbrausebad	15 Pfg.
für ein Brausebad	10 Pfg.

Gandbäder können z. B. nicht verabschiedet werden. Nur in Ausnahmefällen und soweit Vorrat reicht, wird ein solches gegen 10 Pfg. Gebühr abgegeben.

Wiesbaden, den 13. März 1918

Städt. Bäderverwaltung.

Joh. Kühn

Juwelier und Goldschmiedemeister

Langgasse 42, Fernruf 2331

(im Hause des Hotel Adler).

Stets Gelegenheitskäufe.

Trauringe in Gold auf Lager.

Ankauf von Juwelen, allem Silber zu Höchstpreisen.

